Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich. Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Vorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß: Nr. 17 080 bis 17 084. — Postscheckkonto 7[illegible], Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 360 — **Freitag, den 29. Juli** — **1921**

Das englisch-französische Kompromiß

Ob es wirklich ein Kompromiß, ein tatsächlicher Ausgleich der Gegensätze ist, was die englischen und die französischen Diplomaten jetzt nach vieler Mühe zustande gebracht haben, das wird sich erst noch zu erweisen haben. Am Dienstag verbreitete Reuter folgende amtliche englische Kundgebung:

Die britische und französische Regierung haben nunmehr ein Einverständnis über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erreicht, die mit Oberschlesien im Zusammenhang stehen. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen, und um den Wünschen Briands entgegenzukommen, hat sie dem zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen, Sir Cecil Hurst, Rechtsbeirat des Auswärtigen Amtes, Tufton, Vorstand des Mitteleuropäischen Departements, und Waterlow, Mitglied dieses Departements, sind heute abend nach Paris abgereist. Eine Reise der Genannten nach Oberschlesien wird nicht in Erwägung gezogen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre geschaffen worden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberschlesische Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet, und daß weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden.

Hiernach sind es die Franzosen, die nachgegeben haben, und darum haben die Engländer ihnen auch den Gefallen getan, in dieser merkwürdig diplomatisch stilisierten Kundgebung festzustellen, daß sich die Atmosphäre erheblich gebessert habe. Die Franzosen haben tatsächlich ihren Plan fallenlassen müssen, die Konferenz des Obersten Rates, die die Entscheidung über Oberschlesien treffen soll, noch Wochen oder gar Monate lang hinauszuschieben, und sie können auch die Sachverständigenkommission, die jetzt sofort in Paris zusammentritt, nicht mehr als Werkzeug der Verzögerung benutzen. Ja noch mehr: auch aus ihrem Plan, daß noch vor Zusammentritt des Obersten Rates Truppenverstärkungen nach Oberschlesien gesandt werden, ist nichts geworden; wenigstens soweit es sich um die Beteiligung Englands und Italiens an diesen Truppennachschüben handelt. Eine andere Frage ist freilich, ob auch der Plan der Entsendung französischer Verstärkungen als erledigt gelten kann oder ob England seinen Widerstand gegen dieses Unternehmen aufgegeben hat. Wäre letzteres der Fall, so könnte man wirklich von einem Kompromiß sprechen.

Aber man weiß es nicht. Die englische Kundgebung drückt sich in diesem Punkte nur orakelhaft aus. Sie stellt fest, daß über alle „prinzipiellen" Punkte, die mit dem oberschlesischen Problem zusammenhängen, Einigkeit erzielt sei. Sie gibt aber deutlich zu verstehen, das zu diesen prinzipiellen Punkten die Angelegenheit der militärischen Verstärkungen, die ja nur eine Zweckmäßigkeitsmaßnahme ist, nicht gehört. Es schweigt sich aber auch nicht ganz über den Punkt aus, sondern sagt, es werde nicht angenommen, daß es seinetwegen noch zu weiteren Mißverständnissen komme. Das sieht aus wie ein „tolerari posse". England wird auf keinen Fall von seiner ablehnenden Haltung abgehen, insoweit seine eigene Beteiligung an der Expedition, die Frankreich vorschlägt, in Frage kommt. Es wird aber vielleicht, obwohl die Londoner Presse die Korrektheit des deutschen Rechtsstandpunktes in bezug auf die Auslegung des Paragraphen 375 anerkannt hat, sich bei der Auseinandersetzung über die Anwendung dieses Paragraphen, die jedenfalls zwischen Frankreich und Deutschland jetzt einsetzen wird, uninteressiert zeigen. Da kann es noch sehr kitzliche Lagen geben; denn wenn Deutschland ein von Frankreich allein gestelltes Durchmarschansinnen förmlich ablehnt, so kommt natürlich sofort die Frage der Gewaltmaßnahmen an Rhein und Ruhr aufs Tapet, die in der offiziellen Pariser Presse schon angedroht werden. Es klingt nicht sehr hoffnungsvoll für uns, daß England von dem weiteren Verlauf dieser Angelegenheit keine Schwierigkeiten und Mißverständnisse erwartet.

Die Sache könnte aber auch anders liegen. Frankreich könnte in Aussicht gestellt haben, daß es in der Verstärkungsfrage von seinem schroffen Standpunkt zurückweicht, weil ihm England in den „prinzipiellen Dingen" entgegengekommen ist. Diese prinzipiellen Dinge können, wenn man will, auch das Prinzip der Teilung Oberschlesiens mit umfassen, das zwar von Deutschland mit Recht überhaupt aufs entschiedenste bekämpft, aber von der englischen Diplomatie keineswegs zurückgewiesen worden ist. Es bestände also die Gefahr, daß England den taktischen Erfolg, den es durch das französische Zurückweichen in den Methoden der Entscheidung erzielt hat, durch Konzessionen in bezug auf den materiellen Inhalt der bevorstehenden Entscheidung bezahlt. Dadurch kämen wir natürlich nur vom Regen in die Traufe, und man möchte es fast als ein besseres Anzeichen auffassen, wenn Frankreich in seinem scharfen Auftreten wegen des Truppendurchzuges nicht nachläßt. Lange werden wir uns den Kopf darüber nicht zu zerbrechen brauchen; denn da nur noch acht Tage bis zum Zusammentritt des Obersten Rates verstreichen, müßte alles Schlag auf Schlag und Zug um Zug vor sich gehen.

Setzt Frankreich unter Duldung der andern Alliierten seine auf neue Aktionen am Niederrhein gerichtete Gewaltpolitik fort oder hat es gar englische Zusagen auf verstärkte Berücksichtigung der polnisch-französischen Teilungswünsche schon in der Tasche, so ist natürlich das jetzt abgeschlossene „Kompromiß", das wie ein englischer Erfolg aussieht, kein Kompromiß, sondern ein glatter französischer Sieg. Es ist in der englischen Presse und auch in der Presse Amerikas, dessen Londoner Botschafter anscheinend an den Sitzungen des Obersten Rates teilnehmen soll, gerade in der letzten Zeit sehr viel Vernünftiges zugunsten einer gerechten Entscheidung der oberschlesischen Frage gesagt worden. Man sieht dort vollkommen ein, was der Verlust Oberschlesiens für Deutschland bedeutet, sowohl für seine Fähigkeit zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen als auch für seine zukünftige politische und wirtschaftliche Stellung überhaupt. Man sieht auch ein, daß es im eigenen Interesse der Ententestaaten, ja der ganzen Welt liegt, dieses einzigartige Gebiet hochentwickelter Industrie nicht dem langsamen Ruin unter der Verwaltung des kaum mehr recht lebensfähigen polnischen Staates auszuliefern. Man hat auch wirklich kein so weites Gewissen wie die Franzosen in der Vergewaltigung des klaren Abstimmungsergebnisses.

Dennoch werden wir uns nach der neuesten Kompromißerklärung vor allzu optimistischen Erwartungen in bezug auf den Bericht der Sachverständigen und die Entscheidung des Obersten Rates hüten müssen. England hat im Gegensatz zu Frankreich das Bedürfnis, die Frage Oberschlesien endlich einmal aus der Welt zu schaffen. Aber nicht aus demselben natürlichen Grunde wie wir und die Oberschlesier selbst, für die der schon allzu lange andauernde Uebergangszustand unerträglich und lebenzerstörend geworden ist. Sondern England möchte die Sache vom Halse haben, weil es Kopf und Hände freihaben möchte für eine Unzahl anderer drängender Probleme auf dem so mannigfaltigen Schauplatz seiner auswärtigen Betätigung, und weil es auch diese beständige Gefahrenquelle für den von ihm doch immer noch gewünschten Fortbestand der Entente verstopft sehen möchte.

England begeht damit einen großen Fehler; denn es übersieht, daß es zu einer neuen katastrophalen Schwächung Deutschlands die Hand bietet, die die militärische und politische Hegemonie Frankreichs auf dem Festlande zur vollendeten Tatsache machen muß. Mit dem Ergebnis, daß die ganze „Politik der Erfüllung" und das Kabinett, das dieser seine ganze Kraft gewidmet, zerbrechen muß und dann eine neue Politik der Knebelung von der französischen Seite her folgen muß. Woraus ein Zustand entsteht, der es natürlich England erst recht unmöglich machen wird, sich von den festländischen Angelegenheiten zurückzuziehen, weil nämlich zu diesen festländischen Angelegenheiten auch die eigenen englischen Wirtschaftsinteressen in hervorragendem Maße zählen. Man könnte hoffen, daß Sachverständige, die diese „Sache verstehen", die schließliche Entscheidung sehr wesentlich zugunsten der Gerechtigkeit und des Friedens beeinflussen müßten. Leider muß man feststellen, daß die Herren Balfour und Lord Curzon gerade Sachverständige solcher Art nicht sind.

Dr. Rathenau über die Wiederaufbauverhandlungen

Die Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen — Gerechte Verteilung — Unbedingte und rasche Ausführung jedes Auftrages — Die Leistungsverbände als Selbstverwaltungskörper

Berlin, 28. Juli.

In der gestrigen neunten Sitzung des Reparationsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates führte Reichsminister Dr. Rathenau u. a. aus:

Die Verhandlungen sind seit meinem ersten Berichte ununterbrochen gefördert worden. Von den Hauptfragen ist die eine die der Finanzierung für den Fall, daß die ehrlichen Sachleistungen an Frankreich denjenigen Betrag überschreiten, den Frankreich bereit oder in der Lage ist, sich auf das Reparationskonto anrechnen zu lassen, es muß ein Weg gefunden werden, um Stundungen zu ermöglichen, die dahin zielen, daß solche überschießende Beträge auf spätere Annuitätsleistungen angerechnet werden. Die zweite Frage ist die Frage der Preise. Es wird nötig sein, eine Preisgrundlage zu finden, die für einen bestimmten Zeitraum genau übersehen läßt, welches der Wert einer Ware ist, die geliefert und angerechnet werden soll.

Wir haben sodann gesprochen über die Frage der Errichtung einer französisch-deutschen Organisation zur Aufnahme von Lieferungen überhaupt. Wir haben die entschiedene Absicht, den freien Handel gewähren zu lassen, ja ihn zu unterstützen, soweit wir können, auch dann zu unterstützen, wenn er nicht nur zu Barleistungen zwischen Besteller und Lieferant führt, sondern zu Gutschriften auf das Reparationskonto.

Zurückgetreten ist während dieser Verhandlungen das Gebiet der Sachleistungen an Ort und Stelle. Ich hoffe, daß, sobald zwischen Frankreich und uns ein gewisses Handelsverhältnis besteht, auch diese Art der Zusammenarbeit sich ermöglichen läßt, ob in sehr erheblichem Umfange, möchte ich schon deswegen bezweifeln, weil aus den französischen Berichten an Kammer und Senat hervorgeht, daß die Gesamtzahl der fremden Arbeiter, die Frankreich aus verschiedenen Nationen zusammengerufen und auf seinen beschädigten Territorien versammelt hat, nicht größer ist als 25 000. Man hat geltend gemacht, daß es sich doch wohl nur um ganz geringfügige Lieferungen handeln wird. Ich rechne nicht damit, daß man etwa aus besonderer Rücksicht für uns oder unsere Wirtschaftslage die Absicht hat, uns enorme Lieferungen zu übergeben. Ich glaube aber, daß die Geschädigten selbst eine beschleunigte Lieferung wünschen.

Die französische Regierung hat den Wunsch, das Wiederaufbaugeschäft in wenigen Jahren zu beendigen. Ich möchte mich jedes Optimismus enthalten; aber ich glaube, daß dieses ganze Verhandlungsgeschäft für die deutsche Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung ist; denn einmal ist die Umwandlung von Goldleistungen in Sachleistungen für uns unentbehrlich, auf der anderen Seite ist von Bedeutung, wenn wir neben den schweren Lasten, die wir in den nächsten Jahren zu tragen haben werden, nicht mit Beschäftigungslosigkeit zu kämpfen haben. Ich vertrete den Standpunkt, daß man jeden Versuch machen muß, die Leistungen, die uns auferlegt worden sind, tragbar zu machen, und ich bin weiterhin der Meinung, daß die wachsende Erkenntnis auf der Gegenseite uns diese Arbeit erleichtern wird. Ich bin ferner der Ansicht, daß wir dann den entschiedenen Anspruch haben, die Abänderungen durchzusetzen, die möglich sind, wenn wir mit einem „Unerfüllbar" nicht etwa einen Mangel an gutem Willen entschuldigen.

Ich glaube also, daß man die Gegensätze hier im Lande nicht so hoch zu spannen braucht. Ich glaube, daß man den Versuch mit großer Nachhaltigkeit machen sollte, die Leistungen dadurch tragbar zu machen, daß man sie in verständige Formen bringt, daß man ferner nicht von vornherein daran zweifelt, etwas Erhebliches leisten zu können; denn gerade diese Leistung wird uns wieder zu Hilfe kommen, wenn es sich darum handelt, unerträgliche Bestimmungen in erträgliche zu verwandeln. Das bedeutet nicht, daß wir die Schwierigkeiten irgendwie unterschätzen dürfen. Sie sind außerordentlich groß durch die Materie selbst, sie sind außerordentlich groß durch die Gegenwirkungen, die sich in jedem Lande naturgemäß geltend machen, und sie sind weiterhin groß durch die allgemeine Wirtschaftslage in den verschiedenen Ländern, die den Gedanken erschwert, große Leistungen vom Auslande zu beziehen. Nehmen wir an, daß unsere Sachleistungen zwar nicht phantastisch hoch seien, sich aber doch in sehr erheblichen Grenzen bewegen werden, nämlich in solchen Grenzen, die der Größe des Aufbauproblems in Frankreich entsprechen, so wird ein Strom von Waren aus Deutschland nach Frankreich, ein Strom von Bestellungen von Frankreich nach Deutschland geleitet und aufgenommen werden müssen. Das, was wir übernehmen, ist eine Verpflichtung von Land zu Land. Es ist eine Verpflichtung, die nur übernommen werden kann, wenn sie durch den Willen und die Kraft des Landes, das sich zu Leistungen verpflichtet, gewährleistet ist. Der Träger dieser Verpflichtungen in Deutschland ist der Wiederaufbaukommissar. Er muß durch die Einrichtungen des Landes so gedeckt sein, daß er unter allen Umständen erfüllen kann, was er übernimmt.

Das zweite Prinzip ist das einer gerechten und verständigen Verteilung. Die Leistungen, zu denen wir uns verpflichten, sind nicht freiwillige Leistungen des einzelnen, sondern Leistungen, die aus einem schweren Friedensvertrage herrühren. Wir könnten es nicht rechtfertigen, wenn einzelne Landesteile, einzelne Länder, oder wenn einzelne Berufsstände bei diesen Leistungen zu kurz kämen. Es muß eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Leistungen nach Ländern sowohl als nach Berufsständen erfolgen. Dies ist aber eine außerordentlich schwierige Aufgabe, die sich von allen früheren wirtschaftlichen Aufgaben erheblich unterscheidet, die wir während des Krieges und nach dem Kriege zu bewältigen hatten.

Der dritte Grundsatz ist der der unbedingten, prompten, geschäftskundigen und raschen Ausführung jedes Auftrages. Es wird kaum möglich sein, eine solche Aufgabe durch einen behördlichen Apparat zu lösen. Eine Möglichkeit, die ich dabei auch auszuschließen wünsche, ist die der Kriegsgesellschaften oder eines Gebildes, das einer Kriegsgesellschaft ähnlich ist. Der Weg, den wir beschritten haben, zielte in erster Linie darauf hin, dem Reichskommissar diejenigen Garantien zu schaffen, die er braucht, um überhaupt als verantwortlicher Unterhändler und Lieferant aufzutreten. Wir haben diese Garantie dadurch zu schaffen gesucht, daß, wie bekannt, im Juli dieses Jahres die vom Reichstag genehmigte Verordnung zustande kam, die die Errichtung von Leistungsverbänden regelt. Die Umwandlung eines Fachverbandes in einen Leistungsverband wird einfach sein. Ich möchte glauben, daß die Zahl der Leistungsverbände, die entstehen werden, nicht etwa nach Hunderten, sondern wohl nach Zehnern zählen wird. Eine genaue Vorstellung läßt sich einstweilen darüber nicht bilden, weil wir den Umfang und vor allem die Art der Lieferungen noch nicht kennen.

Vorgesehen ist endlich, daß auch die einzelnen Werke zu Lieferungen unmittelbar herangezogen werden können. Von dieser Bestimmung wird hoffentlich Gebrauch gemacht werden. Was die Preise anbelangt, so müssen wir auf den Fall gefaßt sein, daß auf großen Gebieten das französische Preisniveau uns unzulängliche Preise bietet. Aber dann würde der deutsche Lieferant an sich noch in keiner Weise geschädigt sein; denn die Leistungsverbandsordnung sieht vor, daß den deutschen Lieferanten angemessene Preise zugebilligt werden. Stellen sich also die dem Reiche gewährten Preise nicht als angemessen heraus, so würden die Lieferanten den Anspruch haben, einen anderen Preis zu erhalten, als denjenigen, den das Reich bekommt. Das kann nun für das Reich unter Umständen ein hartes Geschäft sein, das zu einer erheblichen Schädigung führt. Aber ein hartes Geschäft ist es auch für das Reich, wenn es, wie es jüngst geschah, gezwungen ist, den amerikanischen Dollarbesitzern für jeden Dollar, den es kauft, 20 Mark über den Marktpreis zuzuzahlen. Sollte aber ein Gebiet für Deutschland hin-